

Erzbischof Dr. Reinhard Marx:

Interview für die „Frankfurter Rundschau“

Erscheinungsdatum: 14.7.2010

FR: Herr Erzbischof, kürzlich haben Sie über den katholischen Glauben gesagt, dass es etwas Besseres nicht gäbe. Nun verwundert uns die Werbung in eigener Sache nicht, doch möchten wir schon wissen, worin dieses Bessere denn bestehen soll.

Erzbischof Reinhard Marx: Wir leben in einer pluralen Gesellschaft. Dabei können wir feststellen, dass gemeinsame Wertvorstellungen im Unterschied zu anderen oder frühen Gesellschaften nicht mehr selbstverständlich sind. Heute hängen die Wertüberzeugungen von den Entscheidungen der Einzelnen ab: Wir können und müssen selbst entscheiden, was für uns verbindlich gelten soll – wir haben die freie Wahl. Ich halte das für eine positive Entwicklung, weil die Kultur der Freiheit zutiefst der Kultur des christlichen Glaubens und dem christlichen Menschenbild entspricht.

FR: Verstehen wir Sie richtig: Das Bessere des christlichen Glaubens liegt in seiner Freiheitsliebe?

RM: Selbstverständlich ist das, was ich hier als Kultur der Freiheit bezeichne, das Ergebnis einer längeren historischen Entwicklung. Diese hat allerdings nicht nur, wie viele meinen, gegen die Kirche stattgefunden, sondern auch vom Evangelium her. Vielleicht sollten wir hier auch dem Mittelalter etwas mehr Gerechtigkeit widerfahren lassen, ich nenne nur Thomas von Aquin und seine Betonung der Gewissensfreiheit. Oder denken Sie an Bonifatius und seine Mission im Jahre 716: Weil er davon überzeugt war, dass niemand zum Glauben gezwungen werden kann, hat er keine Truppen mit nach Friesland genommen – er verließ sich auf die Kraft seines Glaubens und seiner Worte.

FR: Dann ist die Kirche geradezu eine Agentur der Aufklärung gewesen?

RM: Damit wir uns nicht missverstehen: Ich will nichts beschönigen. Es hat immer mächtige Positionen in der Kirche gegeben, die das anders gesehen haben. Ich plädiere nur für ein differenziertes Bild von unserer Geschichte.

FR: Nun ja, Sie singen hier das hohe Lied der Freiheit...

RM: Das ist aber doch die Botschaft des Christentums. Die Freiheit vollendet sich in der Liebe. Der höchste Punkt der Freiheit ist erreicht, wenn ein Mensch sagen kann: „Ich liebe Dich“. Solange ich das nicht verstehe, bleibe ich unterhalb der Möglichkeiten meiner Freiheit. Das bedeutet, die Freiheit nicht einfach als Bindungslosigkeit oder Unverbindlichkeit zu begreifen. Freiheit ist nicht Inbegriff der Beliebigkeit, sondern erfüllt sich in der verantwortlichen Hinwendung zum anderen. In diesem Sinne sollte und darf die Kirche keine Angst vor der Freiheit haben.

FR: Dann lassen Sie uns diese Freiheit einmal genauer betrachten: Wie steht es um die Würde des Menschen?

RM: Sie ist in der Gottesebenbildlichkeit des Menschen begründet. In dieser Hinsicht ist die biblische Überlieferung einmalig. Von der Schöpfung sprechen auch andere Religionen. Aber davon, dass der Mensch ein Ebenbild Gottes ist, spricht nur die Bibel. Und worin besteht diese Ebenbildlichkeit? Darin, dass der Mensch zwei Arme oder eine Nase hat? Nein, sie kann nur in seiner Freiheit begründet sein, in seiner Fähigkeit, schöpferisch etwas hervorzubringen und mit sich selbst einen Anfang zu machen – etwas anderes sehe ich nicht.

FR: Die schöpferische Freiheit des Menschen hat in Ihrer Perspektive allerdings Grenzen. Nehmen wir nur das aktuelle Urteil des Bundesgerichtshofs zur so genannten Präimplantationsdiagnostik: Bevor die befruchteten Eizellen der Mutter wieder implantiert werden, kann der Arzt die Embryonen auf Erbkrankheiten untersuchen – mit der Folge, dass kranke Embryonen nicht implantiert werden.

RM: In der Tat, ich befürchte, dass dieses Urteil ein weiterer Schritt ist, die Grenzen zwischen Schöpfer und Geschöpf fließend werden zu lassen. Das bedroht die Gleichheit und Würde aller Menschen. Man ahnt, wo wir als Gesellschaft landen

werden, wenn das Geschöpf sich an die Stelle des Schöpfers setzen und seinen Nachwuchs selber nach eigenen Wünschen bestimmen will. Auch der Philosoph Jürgen Habermas hat davor gewarnt, den Unterschied zwischen Schöpfer und Geschöpf aufzuheben, der zwar eigentlich nur in religiöser Sprache benannt werden kann, aber dennoch von fundamentaler Bedeutung auch für die säkulare Gesellschaft ist. Wenn ein Mensch über das Leben eines anderen entscheidet, ist der fundamentale Grundsatz der Gleichheit aller Menschen aufgehoben. Damit ist letztlich die Demokratie gefährdet.

FR: Habermas hat allerdings so argumentiert, dass mit der vorgeburtlichen Manipulation vor allem der Zufall – die „Genlotterie“ – ausgeschaltet wird. Anders gesagt, nicht vor dem Schöpfergott, sondern vor dem Zufall wären wir dann nicht mehr gleich.

RM: Wenn Sie hier den Zufall anführen, dann fehlt vielleicht nur der Mut, von Gott zu sprechen. In der Sache sind wir gar nicht so weit auseinander. Mich treibt in diesem Zusammenhang aber eine ganz andere Frage um: Wie kommen die Menschen dazu, das Richtige zu tun und gemeinwohldienlich zu handeln? Dazu ist doch eine lebendige Gemeinschaft notwendig, die vom Evangelium her geprägt ist und im Zeichen des Beispiels Jesu Christi steht. Es geht hier um eine grundlegende moralische Qualität. Sie geht zurück auf die Erfahrung des Aufgehobenseins in einer unendlichen Liebe, die unzerstörbar ist. Nicht das Gebot der Nächstenliebe macht das Besondere aus, das können Sie auch philosophisch begründen, sondern die Erfahrung der unbedingten Liebe Gottes. Nur von hier aus erklärt sich die normative Kraft des Christentums.

FR: Mit der Erfahrung, in Gott aufgehoben zu sein, sind Sie gewissermaßen immer auf der sicheren Seite. Das bietet die Aufklärung nicht.

RM: Aber das Christentum ist doch vernunftgeleitete Aufklärung! Der Glaube vernebelt nicht die Vernunft, sondern macht sie heller. Von Beginn an hat das Christentum den Dialog mit den Philosophen gesucht. Ich will nicht sagen, dass wir in allen Zeiten dieses Niveau gehalten haben. Aber es ist doch vollkommen unbestreitbar, dass die für Europa entscheidende Aufklärung nicht erst im 18. Jahrhundert stattgefunden hat, sondern bereits in der Verkündigung des Evangeliums besteht, in der Bergpredigt, in dem Vaterunser und in der Geschichte vom verlorenen Sohn.

FR: Hat man in den Wäldern Germaniens denn auf die christliche Botschaft gewartet? Waren die Menschen dort bereits heimliche Christen und harrten nur ihrer Entdeckung, wie der Papst die Mission in Südamerika gedeutet hat?

RM: Na ja, die heimlichen Christen – das vielleicht nicht. Aber die Befreiung ist historisch überhaupt nicht zu bestreiten: Den Schritt von der Religion der Germanen in das Christentum hinein, das heißt, die Schaffung einer Kultur, die sich über die partikularen Stammeskulturen hinaus der Vorstellung öffnet, dass der andere auch ein Mensch ist und dass Gott kein Stammesgott, sondern der Vater aller Menschen ist, können wir doch nur als Qualitätssprung deuten.

FR: Der allerdings nicht ohne Gewalt möglich war.

RM: Wenn man sich die Missionsgeschichte anschaut, bei Bonifatius und auch bei anderen...

FR: Bei der Sachsenmission ist das etwas anders gelaufen...

RM: Das ist nicht Bonifatius. Der hatte ja deswegen auch Probleme mit seinem fränkischen König. Oder nehmen Sie die schottischen Missionare: Auch sie sind alle unbewaffnet durch die Wälder gezogen. Kurzum, es ist ein Irrtum zu meinen, Germanien sei mit Gewalt missioniert worden. Es gab Exzesse, aber die wurden schon damals durchaus kritisch gesehen.

FR: Und was ist mit Südamerika?

RM: Wir können doch nicht einfach sagen, die Azteken hätte ihre Religion am besten behalten. Was für eine Vorstellung!

FR: Friedlich und gewaltfrei ging es dort nun wirklich nicht zu.

RM: Aber das Ergebnis war, dass die Idee des Völkerrechts genau an diesem Punkt entstand, und zwar innerhalb der katholischen Kirche. Nicht erst bei Hugo Grotius,

sondern bei Francisco Suárez und den Dominikanern des 16. Jahrhunderts: Hier wurde die Frage erstmals gestellt: Ist der Eingeborene ein Mensch oder kann ich ihn als Tier behandeln? Nein, er ist ein Mensch, auch wenn er kein Christ ist. Das ist doch ein unglaublicher Fortschritt!

FR: Ein Fortschritt, der zahllose Opfer gekostet hat.

RM: Bei allem Respekt vor den historischen Einzelheiten, die wir mit Schauern zur Kenntnis nehmen, warne ich doch vor einer allzu einseitigen Darstellung der Geschichte, so wie sie uns vor allem in den angelsächsischen Ländern begegnet. Als ob in Nordamerika alles wunderbar verlaufen wäre. Dort sind die Ureinwohner ausgerottet worden, in Lateinamerika dagegen nicht. In der Sakristei der Jesuitenkirche in Cuzco hängt eine ganze Reihe von Ölgemälden mit den Herrschern der Inkas, und zum Schluss endet diese große dynastische Reihe damit, dass ein spanischer Konquistador die Tochter des letzten Inkas heiratet. Heiratet! Sakramental! Immerhin! Kaum vorstellbar für Nordamerika.

FR: Wohl kaum, obwohl es auch in Nordamerika „humanere“ Formen der Mission gegeben hat. Das aber ändert nichts an dem Tatbestand des Völkermords. Eine weitere Tatsache besteht darin, dass Ihre Kirche erst sehr spät, eigentlich erst nach 1945 ihren Frieden mit der Demokratie gemacht hat. Wenn sie heute als politische Akteurin, als Kämpferin für Freiheit, Menschenwürde und -rechte in Erscheinung tritt, dann liegt ein langer Weg hinter ihr.

RM: Da haben Sie Recht. Das bestreite ich gar nicht. Ich bestehe nur auf einigen ideengeschichtlich besonderen, mit dem Christentum eng verbundenen Einsichten.

FR: Welche historischen Konsequenzen ziehen Sie aus Ihrer immer auch blutigen, opferreichen Geschichte? Mit Ihrem Freiheitspathos scheinen sie sich heute als Einspruchsinstanz gegen die Entwürdigung und Vernutzung des Menschen zu empfehlen.

RM: Der Soziologe Niklas Luhmann hat einmal gesagt, um eine moderne Religion zu konstruieren, müsse man eigentlich nur Marxismus und Rausch kombinieren. Das ist

natürlich abwegig, doch wollte er damit etwas zum Ausdruck bringen, das ich für richtig halte: Der katholische Glaube besteht nicht nur darin, der Freiheit mit der Moral Grenzen zu setzen. Vielmehr geht es um die Entgrenzung des Menschen, um die Einladung an die Menschen, in eine Gemeinschaft mit Gott zu treten. Die Feier des Sakraments, die Eucharistie ist unsere Mitte, das Herzstück der katholischen Kirche.

FR: Bibelfestigkeit schützt nicht vor der Barbarei.

RM: In einem Land, in dem alle die Zehn Gebote kannten, das Vaterunser, und Sonntags in die Kirche gingen, ist der größte Zivilisationsbruch der Geschichte geschehen.

FR: Wenn Demokratie und Menschenrechte unhintergebar sind: Auf welche Seite muss sich die Kirche denn schlagen – auf die Seite der Gesellschaft oder der Religionen?

RM. Das sind keine Alternativen.

FR: Gemeinsam mit islamischen Theologen hat die katholische Kirche auch Papiere veröffentlicht, in denen sich zwar für die Religionsfreiheit, aber gegen die Meinungs- und Kunstfreiheit ausgesprochen wurde.

RM: Die katholische Kirche hat eine weltweite Aufgabe, und dazu gehört auch der Kontakt mit anderen Religionen. Das wird übrigens auch erwartet von einer modernen Gesellschaft – die Religionen sollen sich nicht bekämpfen. Aber, was den Islam betrifft, sind wir noch lange nicht soweit, dass wir in den inhaltlichen Fragen Übereinkünfte erzielen. Eines ist klar: Hier in Deutschland kann nur ein Islam akzeptiert werden, der sich auf dem Boden der freiheitlichen Ordnung bewegt. Wobei die freie Gesellschaft auch akzeptieren muss, dass die Religionen im Rahmen der Menschenrechte und der Gesetze ihre eigenen Lebensweisen haben.

FR: Wie ist es beispielsweise mit der Unauflöslichkeit der Ehe?

RM: Darauf müssen wir als Kirche bestehen! Natürlich können wir nicht vom Staat fordern, dass eine Auflösung der Ehe als Straftat bewertet werden soll. Das wäre absurd.

FR: Frauen dürfen in der Kirche nicht bestimmte Ämter ausüben – das bedeutet doch ein Berufsverbot.

RM: Nein. Dann würde der Staat nicht die Grenzen zur Religion akzeptieren, sich stattdessen an deren Stelle setzen und bestimmen, was er für religionsgemäß hält. Die Diskrepanz zwischen der pluralen Gesellschaft und der kirchlichen Ordnung muss man respektieren.

FR: In Deutschland sind die christlichen Kirchen und der Staat „freundschaftlich“ miteinander verbunden. Das ist in den Konkordaten, den Kirchenstaatsverträgen so geregelt. Sie bekommen im Rahmen dieser Verträge staatliche Gelder, die Kirchen werden also mit öffentlichen Mitteln gefördert. Insofern ist das öffentliche Interesse an einer Gleichbehandlung der Geschlechter vollkommen legitim.

RM: Die Kirche ist kein verlängerter Arm des Staates. Die Ziele von kirchlichen Einrichtungen kann nur die Kirche bestimmen. Und der Staat unterstützt diese Institution nur dann, wenn er die Ziele überprüft und für förderungswürdig hält. Die Kirche ist kein Staat im Staate, wir werden staatlich kontrolliert. Wie sich das weiter entwickelt, kann ich Ihnen nicht sagen. Zwar ist das Verhältnis zwischen Staat und christlichen Kirchen in Deutschland eine geschichtliche Wirklichkeit. Aber das kann sich verändern. Wenn der Staat neue Vereinbarungen treffen will, kann er das tun. Ich sage nicht, dass alles beim Alten bleiben muss. Aber zu behaupten, die Kirche habe hier unrechtmäßige Privilegien, akzeptiere ich nicht.

FR: Kommen wir noch einmal auf die Akzeptanz zu sprechen. In dieser Hinsicht befindet sich Ihre Kirche in einer prekären Situation. Zum einen hat sie durch die jüngsten Missbrauchsfälle schwer an Glaubwürdigkeit eingebüßt; das trifft sie gewissermaßen in ihrem Kern. Zum anderen hat die Kirche einen schweren Glaubwürdigkeitsverlust hinzunehmen, nicht nur, weil sie sich in einer pluralen Gesellschaft behaupten muss, sondern auch, weil sie sich einer zunehmenden

Ökonomisierung aller Lebensbereiche ausgesetzt sieht; materielle Interessen verdrängen spirituelle Bedürfnisse.

RM: Das ist etwas pointiert ausgedrückt, aber deswegen ja nicht unrichtig. Was die Missbrauchsfälle angeht, hilft nur Offenheit, Hinschauen und Aufklärung. Ohne Wenn und Aber. Mit dem Thema sind wir noch lange nicht fertig. Es gibt zwar einige, die wieder gerne zum business as usual übergehen würden. So leicht geht das aber nicht! Für mich als Bischof ist wichtig, dass wir diese Krise zur geistlichen Erneuerung nutzen.

FR: Im Bereich der Soziallehre haben sie den Begriff der „Struktur der Sünde“ eingeführt. Gilt das nicht auch für priesterliche Milieus?

RM: Aber das würde die Täter ja auch nur wieder entschuldigen. Wir können weder sagen, dass nur die falsche Veranlagung eines Mannes zum Verbrechen geführt und er also Opfer seiner selbst geworden sei, noch können wir behaupten, dass allein das System zum Missbrauch geführt, gewissermaßen die Täter erst hervorgebracht habe. Beides enthebt doch nur von der individuellen Verantwortung.

FR: Wir sprechen von Milieus, die gewisse Neigungen oder Veranlagungen begünstigen. Und wir sprechen von einem System der Vertuschens und Verdrängens.

RM: In weltlichen Schulen war es auch so. Da wurden auffällige Lehrer von einer Schule in die andere versetzt.

FR: Genau das ist doch eine „Struktur der Sünde“ – ein System der Verantwortungslosigkeit.

RM: Die erste Verantwortung liegt immer beim Individuum, trotzdem hat es Strukturen der Verantwortungslosigkeit gegeben. Besonders schlimm für die Kirche war, dass wir die Täter und die Institution geschützt und den Opfern viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt haben.

FR: Kommen wir zu der anderen „Struktur der Sünde“ – den globalen Finanzmärkten.

RM: Die Ökonomisierung aller Lebensbereiche unterwirft den Menschen der Idee des Zwecks und des Nutzens. Das ist die zweite Gefährdung, von der Sie vorhin sprachen, sie macht der Kirche schwer zu schaffen. Das Ausgreifen radikaler kapitalistischer Mechanismen auf die gesamte Gesellschaft bedroht unser aller Würde, es schafft in der Tat ein System der Verantwortungslosigkeit. Wir werden zu Geiseln der Finanzmärkte. Das ist ein moralisches und politisches Problem.

FR: Wie will sich die katholische Kirche hier als Partei positionieren.

RM: Ich muss als Bischof fragen, welche politischen und ökonomischen Positionen noch für einen Christen erträglich sind: Wo ist der status confessionis, wo ist also der Punkt, der dem christlichen Glauben widerspricht?

FR: Hat die Bundesregierung mit ihrem aktuellen Sparpaket diesen Punkt erreicht?

RM: Was bis jetzt vorliegt, halte ich für unbefriedigend. Die Ausgabenkürzungen treffen die Bürger mit kleinem Einkommen, alles andere sind im Wesentlichen nur Absichtserklärungen. Ich vermisse aber echte Strukturreformen und ein ordnungspolitisches Gesamtkonzept, das uns vor nicht allzu langer Zeit versprochen worden ist.

FR: Bei der Gesundheitsreform sieht es auch nicht besser aus.

Der Arbeitgeberanteil zur gesetzlichen Krankenversicherung stagniert, Zusatzbeiträge können von den Versicherten unbegrenzt verlangt werden. Das ist eine klare Umverteilung zu Lasten der Schwächeren, was ich sehr kritisch sehe. Ebenso wie den Gedanken eines Sozialausgleichs über das Steuersystem. „Gerechtigkeit nach Kassenlage“ ist ein gefährliches Motto. Jeder kennt doch die angespannte Lage der öffentlichen Haushalte. Da sehe ich einfach nicht, wo das Geld für einen sozialen Ausgleich zugunsten der niedrigen Einkommensgruppen herkommen soll.

FR: Der fehlende soziale Ausgleich bedroht den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

RM: Wir denken zu wenig darüber nach, wie ein ermöglichender Sozialstaat aussehen müsste. Dabei geht es nicht nur um die Umverteilung von Geldern, sondern um Teilhabe an der Gesellschaft und Ermöglichung von persönlichen Lebensperspektiven. Wir haben uns weit vom gesellschaftlichen Ideal der Durchlässigkeit entfernt. Das aber widerspricht der Idee des Sozialstaats. Der Soziologe Heinz Bude hat das sehr eindringlich beschrieben: Inklusion und Exklusion ist das neue soziale Thema...

FR: Läuft das nicht auf einen Freiheitsabbau hinaus?

RM: Wir haben als Kirche vielleicht zu wenig rebelliert, als es um die Agenda 2010 und Hartz-IV ging. Dass nun das Arbeitslosengeld II für einen 50jährigen der Endzustand bis zu seiner Altersversorgung sein soll, die dann auch entsprechend niedrig ausfallen wird – das akzeptiere ich nicht. Das ist der Weg in einen Fürsorgestaat, in dem zwar niemand verhungert, aber sich auch nicht mehr frei entfalten kann.

Interview: Joachim Frank, Christian Schlüter